

„Gewaltige politische Diaspora“

Historisches Institut der Universität zeigt Ausstellung „Menschenrechte und Zivilgesellschaft in Belarus“

GIESSEN (olz). „1994 wurde der jetzige Amtsinhaber Alexander Lukaschenko in einer demokratischen Wahl gewählt. Gleichzeitig war das das Ende einer pluralistischen Gesellschaftsvorstellung“, sagte Dr. Rayk Einax von der Abteilung Osteuropäische Geschichte des Historischen Instituts der Justus-Liebig-Universität (JLU) am Dienstagabend. Er moderierte die Eröffnung der Ausstellung „Menschenrechte und Zivilgesellschaft in Belarus“, die noch bis zum 16. Mai täglich von 8.30 bis 23 Uhr im Ausstellungsraum der Universitätsbibliothek zu sehen ist.

Auf großen Schautafeln analysiert die Präsentation, die von der Belarus-Koordinationsgruppe von Amnesty International und dem Verein Libereco zusammengestellt wurde, im Wesentlichen die aktuelle Situation in dem Land nach den umstrittenen Präsidentschaftswahlen vom Dezember 2010. Unter anderem gibt es Informationen über staatlicherseits nicht zugelassene Kulturvereinigungen, Protestaktionen wie die von als Weihnachtsmänner verkleideten Demonstranten, die im Oktober 2009 die Abschaffung des Strafrechtsartikels 193.1 forderten, oder über den Präsidentschaftskandidaten Andrej Sannikow, der nach der Wahl 2010 bis zum letzten Jahr inhaftiert war. Mit Blick auf Belarus wies Einax, der die Präsentation der vom Giessener Zentrum Östliches Europa und der UB gezeigten Ausstellung initiierte, darauf hin, dass etwa öffentliche Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und Versammlungsfreiheit in Europa noch keine Selbstverständlichkeiten seien. „Im Umgang mit dem Land

pendeln die Europäische Union und die Bundesrepublik Deutschland hin und her zwischen einer harten Haltung und zaghafter Annäherung“, analysierte der Wissenschaftler, der jedoch hervorhob, dass unter anderem Journalisten auf die Zustände in Belarus aufmerksam machten. Ihnen sei die Ausstellung gewidmet. Julia Richter vom Verein „Gefangenes Wort“ erklärte, dass die Organisation 2011 ihren Fokus auf das Land gerichtet habe. Lukaschenko gelte als einer der letzten Diktatoren in Europa und der Verein habe sich seinerzeit entschieden, den Journalisten Dzimistry Bandarenka, der sich an einer Demonstration nach der Präsidentschaftswahl beteiligt hatte und ebenfalls verhaftet worden war, zu unterstützen.

Protestaktion

2010 persönlich in Weißrussland vor Ort war Dr. Jörg Forbrig vom „German Marshall Fund“, der in die Ausstellung einführte. Die belarussische Zivilgesellschaft sei anders als unsere, weil die Bedingungen, unter denen gesellschaftliche Akteure arbeiteten, sich unterschieden. Exemplarisch verwies Forbrig auf die Protestaktion der als Weihnachtsmänner verkleideten Demonstranten. Sie forderten die Abschaffung des Strafrechtsartikels 193.1, der das Engagement von Bürgern für nicht registrierte Organisationen als Straftatbestand definiert. Allerdings sei die Registrierung solcher Organe nicht nur oft schwierig; sie werde zudem häufig wieder entzogen, erläuterte Forbrig, der von einem gegen die Zivilgesell-



Eröffneten die Ausstellung (von links): Dr. Rayk Einax, Julia Richter und Dr. Jörg Forbrig. Foto: Scholz

schaft gewandten Staatsapparat sprach. Es gebe jedoch eine unabhängige Kulturszene etwa aus Rockbands oder Theatergruppen, die sich für Veränderungen einsetzen. „Das ist einer der Motoren für eine unabhängige Debatte. Das kennen wir so nicht“, so der Redner. Als weiteres Merkmal der belarussischen Gesellschaft bezeichnete er eine in den letzten zwei Jahren entstandene „gewaltige politische Diaspora“, in deren Kontext viele Menschen das Land verließen. Zudem berichtete Dr. Henadz Sahanovich von der Europäischen Humanistischen Universität in Vilnius etwa, dass die in Weißrussland betriebenen Geistes- und Sozialwissenschaften bereits seit einigen Jahren

Feld des Kampfes zwischen Regierung und Opposition seien. Im Zuge dieser Auseinandersetzungen habe man etwa Einrichtungen geschlossen, Studenten ausgeschlossen oder im Westen ausgebildete abgelehnt.

Nach Abschluss des offiziellen Teils hatten die rund 100 Gäste die Gelegenheit, die Ausstellung zu besichtigen und mit den Machern ins Gespräch zu kommen. Bereits bei den Eröffnungsvorträgen war zudem deutlich geworden, dass ein Besucher, der den Veranstaltungsverlauf mit lautstarken Meinungsäußerungen häufig unterbrach, eine offensichtlich kontroverse Bewertung der Situation in Belarus vertrat.